

Zusammenfassung und Ausblick

BiB.BEVÖLKERUNGSTUDIEN

Mütter mit Zuwanderungsgeschichte

Ihre Erwerbs- und Sorgearbeit, Geschlechternormen
und schulischen Unterstützungsleistungen

Ludovica Gambaro, Lidia Gutu, Sophia Schmitz,
C. Katharina Spieß, Elena Ziege





Schluss- folgerungen und Ausblick

Frauen mit Kindern und Zuwanderungsgeschichte stellen in Deutschland eine bedeutende Gruppe der Bevölkerung und der Gesellschaft dar. Mehr als jede vierte Mutter mit minderjährigen Kindern ist nach Deutschland zugewandert. Ihr Anteil an allen Müttern mit minderjährigen Kindern in Deutschland ist in den letzten zehn Jahren um mehr als ein Fünftel gestiegen und wird sehr wahrscheinlich weiter zunehmen. Trotzdem werden diese Mütter in der Familien-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik selten explizit adressiert. In einem größeren Forschungsprojekt hat sich das BiB speziell mit dieser Gruppe befasst – mit der Rolle zugewanderter Frauen als Mütter, Erwerbstätige und (Ehe-)Partnerinnen.

Eine detailliertere Betrachtung dieser Mütter und ein Vergleich mit denen ohne Zuwanderungsgeschichte zeigen, dass sie sich in vielen Merkmalen signifikant unterscheiden. Es zeigt sich auch, dass sie keinesfalls eine homogene Gruppe sind. Mütter mit Zuwanderungsgeschichte sind aus einer Vielzahl an Ländern zugewandert, was zu großen kulturellen und anderen Unterschieden innerhalb der Gruppe führt. Als Gruppe im Ganzen betrachtet, zeigt sich, dass Mütter mit Zuwanderungsgeschichte im Durchschnitt niedrigere Bildungsabschlüsse haben und seltener erwerbstätig sind als Mütter ohne Zuwanderungsgeschichte. Sie leben im Mittel eher mit einem Ehepartner zusammen

und haben im Durchschnitt mehr Kinder. Dies verdeutlicht, dass in dieser Bevölkerungsgruppe grundsätzlich ein großes, ungenutztes Erwerbspotential vorhanden ist, und zwar kurzfristig, wenn an die Mütter gedacht wird, und längerfristig, wenn an ihre Kinder gedacht wird. Diese Mütter verrichten auch den Großteil der Sorgearbeit in den zugewanderten Familien – auch dies muss bei der Aktivierung ihres Erwerbspotentials bedacht werden.

Auch die bisherige Forschung zeigt, dass sich Mütter mit Zuwanderungsgeschichte von anderen Müttern unterscheiden: Zugewanderte Mütter haben hohe Erwartungen an die Bildung ihrer Kinder – aber nicht immer können bzw. unterstützen sie ihre Kinder schulisch so wie andere Gruppen. Ferner ist die Aufteilung der Sorgearbeit bei Frauen mit Zuwanderungsgeschichte zwischen ihnen und ihren Partnern oft noch ungleicher als bei Frauen ohne Zuwanderungsgeschichte. Eine Erwerbstätigkeit könnte auch aus diesen Gründen für sie eine noch größere Herausforderung darstellen.

Wie können Rahmenbedingungen verändert werden, um diesen Befunden Rechnung zu tragen? Hier setzt die Studie an, indem sie beispielhaft ausgewählte Veränderungen in Rahmenbedingungen und Angebote betrachtet – und zwar solche, die für die Sorge- bzw. Familienarbeit und Erwerbsarbeit dieser Frauen bedeutsam sind. Die Studie trägt dazu bei, mehr systematische Erkenntnisse zu erhalten, unter welchen Bedingungen sich Eltern mit Zuwanderungs-

geschichte stärker in die schulische Bildung ihrer Kinder einbringen würden und wie die Erwerbsbeteiligung von Müttern mit Zuwanderungsgeschichte erhöht werden kann. Das heißt, wir adressieren den Bildungsort Familie sowie Mütter als Sorgende und Erwerbstätige. Die Studie ergänzt die bisherige Literatur, indem sie am Beispiel dreier Politikmaßnahmen zeigt, wie die Potentiale zugewanderter Frauen und ihrer Kinder besser genutzt werden können. Dies hat für Deutschland als alternde Gesellschaft, deren Erwerbspersonenpotential weiter abnehmen wird, eine besonders hohe Bedeutung.

Wir analysieren in einem **ersten Studienschwerpunkt** die Rolle dieser Frauen als Mütter und wie sie ihre Kinder schulisch unterstützen. Unsere Analysen tragen zur bisherigen Literatur bei, indem wir systematische Befunde für tatsächliche Unterschiede in der schulischen Unterstützung von Eltern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte in Deutschland liefern. Wir zeigen, wie sich die deutsche Staatsangehörigkeit der Kinder auf die schulischen Unterstützungsleistungen der Mütter und die Bildungserfolge der Kinder auswirkt. Im **zweiten Studienschwerpunkt** untersuchen wir die Rolle von Müttern mit Zuwanderungsgeschichte als (Ehe-)Partnerinnen. Wir beleuchten die Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit im Haushalt. Wir tragen zur bisherigen Literatur bei, indem wir untersuchen, wie eine konkrete staatliche Maßnahme die Aufteilung der Sorgearbeit im Haushalt beeinflusst. Außerdem untersuchen wir, wie diese Maßnahme die Erwerbsarbeit verändert. Dabei analysieren wir gesetzliche Veränderungen bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen, die im Herkunftsland erworben wurden. Für eine spezifische Gruppe von geflüchteten Frauen untersuchen wir den Zusammenhang zwischen ihrer Erwerbstätigkeit und den regionalen Angeboten der öffentlich geförderten Kita-Infrastruktur (**dritter Studienschwerpunkt**).

Konkret evaluieren wir im ersten Studienswerpunkt die **Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes** vom 15. Juli 1999. Die Einführung des Geburtsortprinzips für Kinder führte dazu, dass Kindern mit Zuwanderungsgeschichte – die ab 2000 in Deutschland geboren wurden – bereits bei der Geburt der Zugang

zur deutschen Staatsangehörigkeit ermöglicht wurde, sofern mindestens ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht hat. Durch einen Vergleich von Müttern, deren Kinder kurz vor und kurz nach der Reform geboren wurden, können wir die kausale Wirkung der Reform auf die uns interessierenden Aspekte evaluieren. Unsere Analysen auf Basis von Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) und des Mikrozensus zeigen zunächst, dass die schulische Unterstützung von Müttern mit Zuwanderungsgeschichte etwas geringer und seltener ist als bei anderen Müttern. Die Evaluation der Reform von 1999 zeigt, dass sich diese Unterschiede durch den Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit für Kinder verringern lassen. Das heißt, die formale Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft macht einen Unterschied für den Bildungserfolg von Kindern aus zugewanderten Familien. Mütter, deren Kinder von Anfang an Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit haben, erhöhen ihre schulische Unterstützung für ihre Kinder. Die Mütter unterstützen nicht nur die von der Reform betroffenen Kinder mehr und häufiger, sondern auch deren ältere Geschwister. Längerfristig wirkt sich dies auch auf die Schulabschlüsse der Kinder aus – sowohl die von der Reform betroffenen Kinder als auch ihre älteren Geschwister machen dadurch mit einer höheren Wahrscheinlichkeit das Abitur. Die längerfristigen positiven Auswirkungen auf den Schulabschluss werden durch Ergebnisse anderer Forschungsarbeiten gestützt, die kurz- und mittelfristig positive Auswirkungen auf Schulergebnisse finden (z. B. Felfe et al. 2020; Gathmann et al. 2021).

Die neuen Befunde unserer Studie zeigen, dass sich durch den früheren Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit Bildungsungleichheiten verringern lassen. Dies ist für die individuelle Entwicklung von zugewanderten Kindern von immenser Bedeutung und es sichert ihre wirtschaftliche Stabilität als Erwachsene. Auch für die Gesamtgesellschaft hat es den Vorteil, dass das Humanvermögen zunimmt und sich damit auch das Erwerbspersonenpotential quantitativ wie qualitativ verbessern kann. Dieser Befund steht dem Argument entgegen, dass ein erleichterter Zugang zur Staatsangehörigkeit erst dann

gewährleistet sein sollte, wenn eine vollständige Integration in die Gesellschaft gewährleistet ist. Unsere Befunde weisen jedoch darauf hin, dass eine Staatsangehörigkeit nicht nur als letzte Stufe der Integration betrachtet werden sollte; sie kann vielmehr auch als Katalysator für die Einleitung eines Integrationsprozesses dienen.

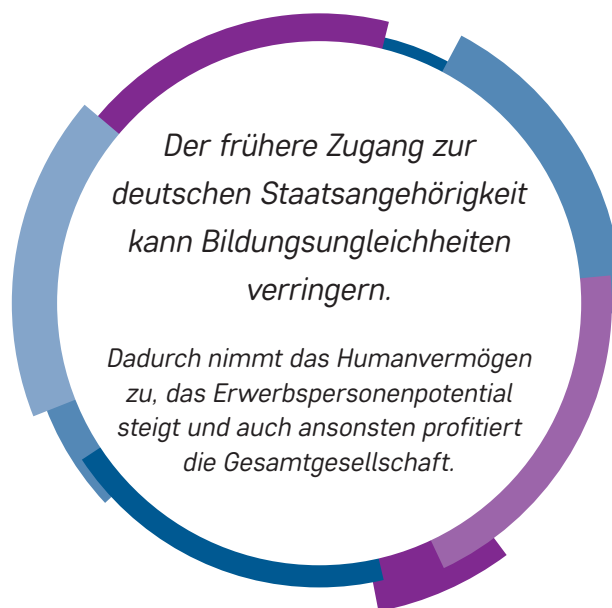
Unsere Ergebnisse lassen darüber hinaus vermuten, dass neuere Reformen des Staatsangehörigkeitsrechts ebenfalls Auswirkungen auf die mütterliche Unterstützung und den kindlichen Schulerfolg haben werden. Dabei ist insbesondere an die Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts zu denken, die in Deutschland am 27. Juni 2024 in Kraft getreten ist. Die Modernisierung ermöglicht unter anderem den Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt bereits nach einem Aufenthalt der Eltern in Deutschland von fünf statt bisher acht Jahren. Auch eine Einbürgerung ist bereits nach fünf statt acht Jahren möglich. Unsere Befunde der Evaluation der 1999er Reform lassen vermuten, dass auch die 2024er Reform positive Auswirkungen auf die Bildungserfolge und die schulische Unterstützung durch die Mütter haben wird.

Der zweite Studienschwerpunkt befasst sich mit einer **Reform der Berufsanerkennung** und deren Auswirkungen auf die Sorge- und Erwerbsarbeit. Zunächst vergleichen wir in diesem zweiten Teil auf der Basis des Familiendemografischen Panels (FReDA) Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern. Dabei fokussieren wir die Unterschiede nach den Herkunftsländern der zugewanderten Bevölkerung. Wir erwarten starke Unterschiede zwischen verschiedenen Herkunftsgruppen. Tatsächlich sind jedoch die Unterschiede zwischen den Gruppen aus unterschiedlichen Herkunftsländern nicht so stark ausgeprägt, wie die Unterschiede zwi-

schen Befragten, die in West- oder Ostdeutschland geboren sind. Unsere Befunde zeigen, dass einige Frauen (und Männer) mit Zuwanderungsgeschichte weniger traditionelle Geschlechternormen haben als Frauen (und Männer), die in Westdeutschland geboren wurden. Die Teilnahme von Müttern am Arbeitsmarkt wird von ihnen weitgehend akzeptiert und als wünschenswert angesehen. Dies zeigt, dass es im Durchschnitt nicht allein Einstellungen sind, die zugewanderte Mütter vom Arbeitsmarkt fernhalten, sondern (auch) andere Faktoren bedeutsam sein müssen, wie zum Beispiel strukturelle Barrieren. Auch die Arbeitsteilung im Haushalt kann dabei eine Bedeutung haben, wie wir aus anderen Studien wissen. Auf der Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und des

deutschen Mikrozensus betrachten wir die Erwerbs- und Sorgearbeit und deren Verteilung in Paarhaushalten mit und ohne Zuwanderungsgeschichte. Deskriptive Analysen bestätigen, dass Mütter mit Zuwanderungsgeschichte einen großen Teil ihres Tages mit Sorgearbeit verbringen. Obwohl es Unterschiede hinsichtlich des Erwerbsstatus, des Alters und der Anzahl der Kinder

gibt, zeigt sich, dass Mütter unabhängig von ihrem Zuwanderungsstatus die Hauptverantwortung für die Sorgearbeit tragen. Allerdings ist der „Gender-Gap“ bei der Sorgearbeit bei zugewanderten Personen noch etwas größer als bei anderen Personen. In Bezug auf ihre Erwerbstätigkeit zeigt sich, dass Mütter mit Zuwanderungsgeschichte seltener einer Erwerbstätigkeit nachgehen als Mütter, die nicht zugewandert sind. Diese Unterschiede werden auch in anderen Studien beobachtet und sind mit entsprechenden Unterschieden im Erwerbseinkommen zwischen Müttern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte sowie zwischen



Müttern und Vätern verbunden (z. B. Solmone und Frattini 2022). Daher wird in der Literatur oft von einer „doppelten Benachteiligung“ ausgegangen: Frauen mit Zuwanderungsgeschichte sind sowohl durch ihre Herkunftsgeschichte als auch ihr Geschlecht „benachteiligt“, wenn es um ihr Erwerbseinkommen geht.

Inwiefern können Veränderungen in den Rahmenbedingungen solche Benachteiligungen abbauen? Wir untersuchen, wie sich Veränderungen bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen von Zugewanderten aus Nicht-EU-Ländern, die im Jahr 2012 eingeführt wurden, auf ihre Erwerbs- und Sorgearbeit ausgewirkt haben. Diese Änderung als Teil des Bundesanerkennungsgesetzes beinhaltete die Einführung eines standardisierten und transparenten Rahmens für die Anerkennung aller im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse in Deutschland sowie einen Rechtsanspruch auf die Durchführung der Anerkennungsregelungen, die bisher nur für Abschlüsse aus anderen EU-Ländern galten.

Unsere Analysen, auf der Basis der Daten des SOEPs und des Mikrozensus, verdeutlichen, dass eine standardisierte und einheitliche Anerkennung von Berufsabschlüssen die Integration der Mütter mit Zuwanderungsgeschichte in den Arbeitsmarkt verbessert und ihre Erwerbstätigkeit steigert: Besonders deutliche Anstiege in der Erwerbstätigkeit beobachten wir bei Müttern, die ihr erstes Kind zwischen 27 und 32 Jahren bekommen haben, also in der Regel nach Abschluss einer Berufsausbildung, sowie bei Müttern mit älteren Kindern, die weniger mit der Herausforderung einer Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit konfrontiert sind. Diese Beschäftigungseffekte bestätigen die Schlussfolgerungen ähnlicher Studien, die allerdings nicht spezifisch auf Mütter abstellen (z. B. Anger et al. 2022; Brücker et al. 2021).

Eine weitere Auswirkung der untersuchten Berufsanerkennungsreform zeigt sich darin, dass Mütter die am Wochenende für Sorgearbeit aufgewendete Zeit leicht reduzieren. Dies ist insbesondere bei Müttern mit zwei Kindern der Fall. Die Tatsache, dass Mütter ihre Sorgearbeit an Werktagen nur geringfügig verändern,

obwohl sie aufgrund der Reform häufiger eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, verdeutlicht die „Doppelbelastung“ von Müttern als Erwerbstätige und Hauptbetreuungsperson für Kinder – von der auch zugewanderte Mütter betroffen sind, wenn sie eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Auch wenn Mütter eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, sind sie es, die nach wie vor einen Großteil der Sorgearbeit tragen. Dies zeigen auch andere Studien für Frauen in Haushalten, in denen sie den Lebensunterhalt verdienen oder in Haushalten, in denen der Vater nicht erwerbstätig ist (z. B. Chesley und Flood 2017; Gupta, Sayer und Pearlman 2021; Hennecke und Pape 2022). Auch unsere Analysen zeigen, dass die Aufteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit eher von Merkmalen wie der Anzahl der Kinder und weniger der mütterlichen Erwerbstätigkeit abhängt.

Insgesamt zeigen unsere Analysen, dass die Anerkennung von Berufsabschlüssen eine Schlüsselrolle beim Abbau von Ungleichheiten

Die Anerkennung von Berufsabschlüssen ist elementar, wenn die Erwerbstätigkeit zugewanderter Frauen erhöht werden soll - es muss aber auch die „Doppelbelastung“ von Müttern als Erwerbstätige und Hauptbetreuungsperson für Kinder mitbedacht werden.

zwischen verschiedenen Gruppen von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte sowie zwischen Frauen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte haben kann. Insbesondere unterstützt eine solche Anerkennung Mütter und Frauen dabei, sich besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Eine klar geregelte Berufsankennung ist somit für Familien mit Zuwanderungsgeschichte von großer Bedeutung: Sie bietet den Frauen die Möglichkeit, ihr Wissen und ihre Erfahrungen aus der Ausbildung ihrer Herkunftsländer einzubringen. Ihr Haushaltseinkommen steigt, sie leisten einen eigenständigen Beitrag zu ihrer Alterssicherung und können im Falle einer Trennung von ihrem Partner sich selbst und gegebenenfalls ihre Kinder sehr viel eher selbstständig versorgen. Ihre Potentiale werden genutzt und dem sinkenden Erwerbspersonenpotential in Deutschland kann auch dadurch begegnet werden.

Doch selbst wenn Reformen dazu beitragen, die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Zuwanderungsgeschichte zu erhöhen, bleibt der Anteil der Sorgearbeit für diese Mütter oft unverändert. Dies sollte bei künftigen Reformen auch mitbedacht werden. Mütter mit Zuwanderungsgeschichte sind so z. B. auf eine gute Betreuungsinfrastruktur für ihre noch nicht schulpflichtigen Kinder und ihre Grundschul Kinder angewiesen. Vor dem Hintergrund, dass sie im Kita-Bereich aber oft keine Plätze bekommen, obwohl sie einen Bedarf haben (Huebener et al. 2023), ist dies besonders gravierend. Insofern muss auch deshalb der ungedeckte Bedarf an Kita-Plätzen gerade dieser Gruppe angegangen und reduziert bzw. behoben werden. Hinzu kommt, dass sie im Zugang zu Kitas teilweise „diskriminiert“ sind (Hermes et al. 2023). Daher ist es wichtig, nicht nur das Angebot an Kitas auszubauen, sondern ebenfalls andere Hürden im Zugang zu Kitas insbesondere für Familien mit Zuwanderungsgeschichte abzubauen.

Das hier untersuchte „Bundesanerkennungsgesetz“ wurde als Instrument entwickelt, um den Fachkräftebedarf in Deutschland zu decken. Unsere Auswertungen zeigen, dass dieses Ziel durch eine Steigerung der Erwerbstätigkeit von zugewanderten Frauen und Müttern erreicht wurde. Es gibt jedoch mehrere Gründe, warum die Anerkennung ausländischer Berufsqualifika-

tionen auch nach der Reform noch als Hindernis für die Fachkräftezuwanderung thematisiert wird (Bundesinstitut für Berufsbildung 2022a). Unter anderem werden eine Vereinheitlichung in Hinblick auf die Anforderungen und die einzureichenden – und nachzureichenden – Unterlagen sowie ein transparenterer Prozess gefordert (Bundesinstitut für Berufsbildung 2022b). Um diesen und anderen Forderungen zu begegnen, hat die Bundesregierung Eckpunkte zur Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten beschlossen (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2022). Die Eckpunkte sehen vor, die Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsabschlüsse weiter zu optimieren, zu vereinfachen und zu beschleunigen. Dafür soll zum Beispiel die „Gleichwertigkeitsprüfung“ beschleunigt und einzureichende Dokumente auf Englisch oder in der Originalsprache akzeptiert werden. Unsere Untersuchungen deuten darauf hin, dass eine solche weitere Vereinfachung und Beschleunigung des Prozesses im Zuge der Reformen die Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern mit Zuwanderungsgeschichte weiter steigern können und die damit verbundenen Vorteile realisiert werden könnten.

Als Teil der Weiterentwicklung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes ist es seit März 2024 im Rahmen sogenannter Anerkennungspartnerschaften außerdem möglich, dass sich Arbeitgeber und Fachkräfte verpflichten, die Anerkennung nach der Einreise zu beantragen und zu unterstützen (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2022). Diese Entkopplung führt einerseits zu einer schnelleren Einreise und Arbeitsaufnahme von Fachkräften, andererseits besteht das Risiko, dass eine berufliche Qualifikation nicht anerkannt wird und nach Ablehnung der Anerkennung keine weitere Aufenthaltserlaubnis erteilt wird (Bushanska et al. 2023). Besonders für Mütter von Kindern ist eine längerfristige Perspektive notwendig, um Kindern und Jugendlichen nicht zu viele Wechsel zwischen Ländern, Regionen und Bildungseinrichtungen zuzumuten, die für deren Entwicklung und Integration nicht förderlich sind. Daher sollte bereits vor dem Eingehen einer Anerkennungspartnerschaft eine umfassende Beratung über die Chancen einer Anerkennung erfolgen.

Eine weitere Herausforderung bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen besteht darin, dass es neben bundesweiten Regelungen auch landesspezifische Regelungen für viele Berufe gibt. Dadurch variieren die Verfahren zur Anerkennung je nach Bundesland und bei einem Arbeitgeberwechsel in ein anderes Bundesland muss die Qualifikation erneut anerkannt werden. Um die Arbeitsmarktintegration von zugewanderten Frauen und Müttern zu erleichtern, wäre es hilfreich, wenn sich die Bundesländer darauf einigen würden, Anerkennungen aus anderen Bundesländern ebenfalls anzuerkennen oder einen erneuten Anerkennungsprozess beschleunigt durchzuführen.

Mit der **Bedeutung der Kita-Angebote** für die Erwerbstätigkeit von zugewanderten Frauen befasst sich der dritte Studienschwerpunkt. Dabei konzentrieren wir uns auf Mütter, die nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine nach Deutschland geflüchtet sind. Frauen mit Fluchtgeschichte bilden mittlerweile eine große und wachsende Gruppe in Deutschland, die die Aufmerksamkeit von Forscherinnen und Forschern auf sich zieht. Eine Besonderheit der nach Deutschland geflüchteten Menschen aus der Ukraine ist, dass es sich bei der Gruppe mehrheitlich um Frauen mit Kindern handelt, deren Partner nicht in Deutschland leben. Diese Mütter sind oft alleine für die Erwerbs- und Sorgearbeit ihres Haushalts verantwortlich – es sein denn, sie sind mit den Großeltern ihrer Kinder geflüchtet, die eventuell bei der Sorgearbeit unterstützen können.

Auf der Basis der Daten der IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten aus der Ukraine prüfen wir, inwiefern regionale Kita-Angebote Mütter aus der Ukraine, die noch keine schulpflichtigen Kinder haben, unterstützen können. Wir machen dies an deren Wohlbefinden, Integration und Erwerbstätigkeit fest. Unsere Analysen bestätigen die Bedeutung regionaler Bildungs- und Betreuungsangebote für die Kinder von Müttern mit Zuwanderungsgeschichte. Wir können zeigen, dass sie häufiger Zugang zu Sprachkursen und Beschäftigung haben, wenn sie Kita-Angebote in Anspruch nehmen können. Sie sprechen besser Deutsch, haben mehr Kontakt zu Deutschen und sind mit

einer höheren Wahrscheinlichkeit erwerbstätig, wenn sie in Regionen mit einem besseren Kita-Angebot wohnen.

Diese Ergebnisse bestätigen frühere Forschungsergebnisse zur Relevanz von Kita-Angeboten insbesondere für Familien mit Zuwanderungs- und Fluchtgeschichte (Gambaro et al. 2021). Und sie bestätigen andere Studien im internationalen Kontext (Kosyakova et al. 2024), die zeigen, dass institutionelle Rahmenbedingungen für die Erwerbsbeteiligung ukrainischer Geflüchteter sehr relevant sind. Der Vergleich europäischer Länder zeigt, dass Staaten mit einer besseren Kinderbetreuungsinfrastruktur höhere Beschäftigungsquoten aufweisen. Aber auch andere Faktoren wie soziale Netzwerke spielen eine Rolle. Länder mit einem höheren Anteil ukrainischer Staatsangehöriger haben höhere Beschäftigungsquoten.

Unsere Analysen zeigen, wie wichtig es ist, Mütter mit Zuwanderungsgeschichte nicht nur durch Maßnahmen zu unterstützen, die auf ihre Zuwanderungsgeschichte abzielen, sondern auch ihre Rolle als Mütter zu berücksichtigen. Durch Angebote, wie z. B. bedarfsgerechte Kita-Angebote, die sie in dieser Rolle unterstützen, kann den Frauen die Teilnahme am Arbeitsmarkt erleichtert werden. Gleichzeitig können solche Angebote auch zur Reduktion des Fachkräftemangels in Deutschland beitragen. Darüber hinaus haben diese Kita-Angebote auch für die geflüchteten Mütter und die Kinder eine hohe Bedeutung. Sie ermöglichen es – wie wir zeigen konnten – den Müttern (und den Kindern), mit der Bevölkerung in Deutschland niederschwellig in Kontakt zu kommen. Der soziale Austausch mit anderen Müttern und im Falle der Kinder mit Gleichaltrigen kann den Schutzsuchenden helfen, ihr Leben in Deutschland ohne ihre zurückgebliebenen Familienangehörigen so zu gestalten, dass ihr Wohlbefinden nicht gefährdet ist. Einige der Mütter wollen in Deutschland bleiben, andere wollen wieder in die Ukraine zurückkehren und andere sind noch unentschieden (Brücker et al. 2023). Unabhängig von den Bleibeabsichten sind Kita-Angebote wichtig – denn sie können nicht nur kurzfristig dazu beitragen, dass die wirtschaftliche Situation der Familie durch ein Erwerbseinkommen der Mütter stabi-

liert wird, sondern sie können auch mittel- bis langfristig die Entwicklungs- und Erwerbschancen der Kinder und Mütter verbessern.

Insgesamt machen die Forschungsergebnisse der drei Studienschwerpunkte die Potentiale zugewanderter Frauen mit Kindern deutlich. Die Fachkräftestrategie der Bundesregierung setzt als eines der fünf wichtigen Handlungsfelder auf eine „moderne Einwanderungspolitik“ (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2022). Dabei nennt sie unter anderem die Integration ausländischer Fachkräfte und ihrer Lebenspartnerinnen bzw. Lebenspartner und ihrer Kinder in die Gesellschaft, das Ausbildungssystem und den Arbeitsmarkt. Unsere Forschungsergebnisse zeigen drei Bereiche, Reformen und Angebote auf, mit denen diese Ziele zumindest in Teilen erreicht werden können. Sie zeigen auch auf, dass zugewanderte Mütter spezifischere Angebote brauchen – die per se wiederum nicht sehr spezifisch sind, wenn z. B. an Kita-Angebote gedacht wird. Es zeigt sich auch, dass Rahmenbedingungen, wie z. B. die Regelungen zum Zugang einer deutschen Staatsangehörigkeit, Mütter mit Zuwanderungsgeschichte in ihrer Sorgearbeit als Mütter beeinflussen. Damit haben sie auch einen Einfluss auf die Frauen (und Männer) der nächsten Generation und das Humanvermögen unserer Gesellschaft als Ganzes. All diese Aspekte gilt es bei einer Bewertung der Reformen mitzudenken.

Abschließend wollen wir aber nicht unerwähnt lassen, dass es über die untersuchten Reformen und Angebote hinaus zahlreiche weitere Möglichkeiten gibt, die verbleibenden Beschäftigungslücken zwischen Müttern mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zu reduzieren und auch die Integration ihrer Kinder zu fördern. Die Förderung im Erwerb der deutschen Sprache ist dabei ein weiterer

zentraler Aspekt. Zusätzlich können ganztägige und nicht nur Halbtagsangebote für Kita-Kinder und Grundschulkinder Müttern mehr zeitliche Flexibilität bei der Kombination von Erwerbs-, Integrations- und Sorgearbeit bieten. Außerdem ist es wichtig, auch im schulischen Bereich und bei der beruflichen Ausbildung zum einen Kinder mit Zuwanderungsgeschichte gezielt zu adressieren. Zum anderen sollte es auch Müttern ohne ausreichende Bildungsabschlüsse vermehrt ermöglicht werden, berufliche Qualifikationen nachzuholen, um ihre Arbeitsmarktchancen zu erhöhen. Unabhängig davon bedarf es weiterer Forschung über die Wirkung neuer Reformen und Angebote auf die Teilhabe zugewanderter Frauen und Mütter in Deutschland. Ihr Anteil wird steigen und damit auch der Bedarf, systematische und verlässliche Befunde über sie auf der Basis aktueller Daten vorliegen zu haben. Nur so kann die Politik evidenzbasiert agieren und die Bedingungen für die zugewanderte und nicht zugewanderte Bevölkerung gestalten.

*Es gibt viele
ungenutzte Potentiale
im Hinblick auf zugewanderte
Frauen und ihre Kinder, die durch
veränderte Rahmenbedingungen
besser genutzt werden
können. Damit profitieren
die Zugewanderten und die
Gesellschaft als Ganzes.*